

Sparpaket der Bundesregierung:

Versprochen – gebrochen?

Die Bundesregierung will bis 2014 die Summe von 80 Milliarden Euro einsparen, um die Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen und die neu ins Grundgesetz eingefügte „Schuldenbremse“ umzusetzen.

Für den öffentlichen Dienst des Bundes bedeutet das:

- **Streichung der für 2011 beschlossenen Rücknahme der Weihnachtsgeld-Halbierung**
- **Abbau von weiteren 10.000 Stellen bis 2014**

Die Bundesrepublik steckt in einer historisch einmaligen Finanz- und Wirtschaftskrise. Das erfordert Opfer und Zugeständnisse. Aber die müssen allen Teilen der Gesellschaft abverlangt werden, sozial gerecht und sachlich sinnvoll sein. Das Konzept der Bundesregierung ist einseitig, unsozial und unausgewogen. Weiterer Personalabbau ist kurzsichtig. Die Rücknahme der Weihnachtsgeldzusage ist ein glatter Vertrauensbruch.

dbb Bundesvorsitzender Heesen: „Die Halbierung des Weihnachtsgeldes von 2005 war von Frau Merkel und Herrn Schäuble ausdrücklich als auf fünf Jahre begrenzte Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung deklariert – sie stehen mit der Rücknahme der

Kürzung ab 2011 bei den betroffenen Menschen im Wort. Was soll man einer Regierung noch glauben, die nach dem Grundsatz ‚versprochen – gebrochen‘ handelt?“

Selbst der Bundesfinanzminister hat noch 2009 eingeräumt, dass der dauernde Personalabbau der vergangenen Jahre die Grenzen der Belastbarkeit überschritten hat. Wer 10.000 Stellen abbauen will, muss klar sagen, was der Staat künftig leisten soll. Dazu gibt es nur Schweigen.

„Die Bundesverwaltung hat in Sachen Haushaltskonsolidierung ihre Hausaufgaben längst gemacht“, stellt dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen klar. „Seit 1991 wurden nahezu ein Drittel der Stellen abgebaut. Wer jetzt noch weiter kürzt, legt unmittelbar Hand an die Funktionsfähigkeit des Staates.“

Schon heute weist die Personalstruktur eine deutliche Überalterung aus. In den nächsten zehn Jahren werden rund 70.000 Beschäftigte in den Ruhestand gehen, bereits jetzt fehlen dem Bund Physiker, Chemiker, Ärzte, IT-Experten, Mitarbeiter im Sprachendienst und qualifizierte Ingenieure. Weil Kontrollbehörden wie der Zoll chronisch unterbesetzt sind, entgehen dem Staatshaushalt jährlich hunderte Millionen Euro, etwa im Bereich der Schwarzarbeit.

... gerupfter
Staat?



Die Beratungen des Bundestags zum Sparpaket der schwarz-gelben Koalition beginnen in diesen Tagen. Nehmen Sie Einfluss, setzen Sie sich mit Ihrem Wahlkreisabgeordneten in Verbindung, machen Sie Ihrem Ärger Luft.

Eine Anregung hierzu finden Sie auf der Homepage des dbb unter:

www.dbb.de